

# JUGENDLICHE BRAUCHEN FREIRÄUME

Susanne Jerusalem

Gemeinderätin



JUGEND ist eine Zeit des Experimentierens.

Jugendliche brauchen Freiräume,  
die nicht von Erwachsenen dirigiert und kontrolliert werden.

POLITIK hat die Aufgabe, diese Freiräume zu schaffen.

JUGENDLICHE haben das Recht, in Angelegenheiten, die sie betreffen, informiert zu werden, mitreden und mitentscheiden zu können. Dieses Recht ist in der UNO-Konvention „Über die Rechte des Kindes“ verankert. Österreich hat unterschrieben und damit die Verpflichtung übernommen, die Bestimmungen der Konvention einzuhalten.

Bis zur Verwirklichung dieser Rechte ist noch ein langer Weg zurückzulegen.

Die GRÜNEN sagen: „Der Alltag von Jugendlichen muß demokratisch werden!“

DIE GRÜNEN fordern aber auch eine Herabsetzung des kommunalen Wahlalters, denn wer alt genug ist, um eine Lehre zu absolvieren, muß auch alt genug zum Wählen sein.

ALLE JUGENDLICHEN sollen die Chance haben, selbstbewußt, eigenverantwortlich und aktiv zu sein.

Um Chancengleichheit herzustellen, muß die Stadt Maßnahmen im Interesse von einkommensschwachen und diskriminierten Jugendlichen treffen.

## BERUFSSCHÜLERTAGE 1995 DIE GRÜNEN ABGEORDNETEN INFORMIEREN

### Lehrlinge haben keine Lobby

Peter Pilz

Klubobmann der GRÜNEN im Rathaus

Mehr als die Hälfte der österreichischen Jugendlichen absolviert eine Lehre. Trotzdem sind Lehrlinge nach wie vor die Stiefkinder der Nation. Eine vergessene Mehrheit. Jede bildungspolitische Debatte dreht sich um Volksschule, Hauptschule, Mittelschule, Universität. Über die Berufsschule wird kaum geredet. Aus gutem Grund, denn:

Lehrlinge haben keine Lobby.

Dem Staat ist ein Schüler in der Berufsbildenden Höheren Schule jährlich 60.000 Schilling wert - ein Schüler in der Berufsschule hingegen nur 6.000(!) Schilling. Schüler und Studenten haben eine Interessensvertretung. Lehrlinge werden nach wie vor irgendwo zwischen Betrieb und Berufsschule hin und hergeschoben. Der Grund dafür ist einfach: Lehrlinge sind zwar alt genug, um zu arbeiten, wählen dürfen sie allerdings nicht, denn:

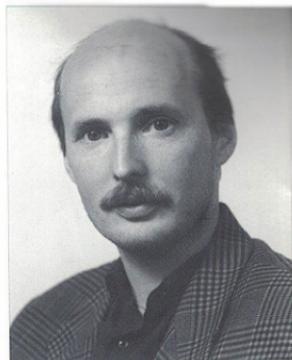
Lehrlinge haben keine Lobby.

Das muß - und das kann sich ändern - wenn Lehrlinge selbst was ändern. Wer sagt, daß man nichts gegen Schikanen in der Ausbildung machen kann? Wer sagt, daß Lehrlinge widerspruchslos jede Arbeit machen müssen? Und wer sagt, daß ihnen von der Jugendkultur nur die Brösel zustehen?

Wir machen Lehrlingen ein Angebot: Wenn Ihr selbst was unternimmt, wenn Ihr selbst was ändern, was Neues machen wollt, dann reden wir drüber, wie wir das unterstützen können. Damit auch da was in Bewegung kommt.



**DIE GRÜNEN**  
GRÜNE ALTERNATIVE WIEN



**Für eine durchschnittliche Mietwohnung werden heute 115 öS/m<sup>2</sup> im Monat verlangt.** Das bedeutet etwa für eine 70m<sup>2</sup> Wohnung rund 8.000 öS Monatsmiete. (Anm.: Dabei fehlen da noch die 10%-Mehrwertsteuer sowie die Betriebskosten!)

Die Warteliste für Gemeindewohnungen ist seit Jahren rund 20.000 Namen lang. Viele Genossenschaften nehmen neue Leute gar nicht mehr auf ihre Wartelisten. Das alles ist keine vielversprechende Situation für junge Wohnungssuchende. Die Politik kann aber einiges dazu tun, um die „neue Wohnungsnot“ zu lindern.

Hier einige Vorschläge der Wiener GRÜNEN zum Wohnen:

### **Wohnbauförderung für Wohnungen statt für Garagen**

Jedes Jahr werden rund 500-700 Millionen Schilling für den Bau von Garagen aus Mitteln der Wohnbauförderung (!) ausgegeben. Das Auto kriegt ein Dach über dem Kopf, während die Wohnungssuchenden im Regen stehen gelassen werden. Allein mit diesem Geld könnten jährlich zusätzlich 400 Gemeindewohnungen gebaut werden.

### **Mieten nach dem Haushaltseinkommen**

All diejenigen, die vor vielen Jahren völlig zu recht eine Gemeindewohnung bekommen haben, mittlerweile aber zu den Besserverdienern zählen, sollen jetzt entsprechend mehr Miete bezahlen. Dieses Geld kann dann jungen Haushalten zugute kommen.

Überhaupt sollte die Wohnbauförderung entsprechend dem Haushaltseinkommen ermittelt werden.

Wer wenig verdient, soll eine höhere Förderung bekommen.

### **Gerechte Mieten am privaten Wohnungsmarkt**

Im selben Haus kann es vorkommen, daß eine bestimmte Wohnung um 1.500 öS vermietet wird, während eine gleich große Nachbarwohnung 10.000 öS im Monat kostet. Grund dafür ist ein völlig ungerechtes Mietrecht, das neue Haushalte extrem benachteiligt. Umso wichtiger wäre es, wenn die neuen „Richtwerte“ (durchschnittlich 50 öS/m<sup>2</sup> im Monat) tatsächlich eingehalten werden.

### **Schluß mit befristeten Verträgen**

Bis vor einem Jahr waren 2/3 aller Mietverträge auf ein Jahr befristet. Folgerichtig wurde diese Praxis gesetzlich verboten. Als Ergebnis werden jetzt 2/3 aller Verträge auf drei Jahre befristet abgeschlossen.

Auch diese Möglichkeit der 3-jährigen Befristung soll rasch verboten werden.



## FÜR EINE GESUNDE UMWELT

Hannelore Weber  
Gemeinderätin

Noch in den 70er Jahren war Umweltschutz das Anliegen einer Handvoll „Spinner“. Heute schaut das ganz anders aus: Die überwiegende Mehrheit der WienerInnen ist davon überzeugt, daß Umweltschutz wichtig und notwendig ist.

Es stellen sich Fragen wie: „Wie kann Energie und Wasser gespart werden, ohne daß wir auf Komfort verzichten müssen?“ oder „Wie kann der öffentliche Verkehr beschleunigt und attraktiviert werden?“ oder „Was muß geschehen, damit der Müllberg kleiner wird?“ Schadstoffe müssen vermindert, umweltverträgliche Produktionsweisen müssen durchgesetzt werden. Intelligente Problemlösungen bringen nicht nur eine gesunde Umwelt, sie schaffen auch neue Arbeitsplätze.

### WASSER SPAREN

GRÜNE Vorschläge setzen bei der Problemvermeidung an. Wir haben das Beispiel „Wasser sparen“ herausgegriffen, um zu zeigen, was damit gemeint ist.

Die Stadt Wien plant die Erschließung neuer Quellen und Hochquellwasserautobahnen über drei bis vier Bundesländer hinweg. Kostenpunkt: 15 Milliarden, mit nachteiligen Folgen für die Umwelt.

Die GRÜNEN schlagen „Wasser sparen“ als billige und umweltfreundliche Alternative vor. 145 Liter Hochquellwasser wird in Wien pro Tag und Person verbraucht, 70 Liter könnten ohne Komfortverlust eingespart werden. Und das geht so:

- ▶ 20 Liter werden gespart, wenn WC-Spülungen mit Stopptasten ausgestattet werden.
- ▶ 25 Liter werden gespart, wenn Wasserhähne nicht tropfen und die Menschen duschen statt baden.
- ▶ 15 Liter werden gespart, wenn moderne Armaturen, wie Durchflußbegrenzer und
- ▶ Thermostatt Batterien eingebaut werden.
- ▶ 10 Liter werden gespart durch den Einsatz wassersparender Waschmaschinen

Jeder Haushalt soll einen eigenen Wasserzähler erhalten, denn was die eigene Geldbörse entlastet, motiviert eher zum Sparen!

Die Stadt Wien sollte informieren, beraten und finanzielle Unterstützung anbieten.

Die Vorteile liegen auf der Hand:  
Die GRÜNE Lösung ist billiger, und sie ist ökologisch.

## Sportliche und kulturelle Einrichtungen für Jugendliche sind Mangelware.

Friedrun Huemer, Gemeinderätin

### Beispiel Rockhalle

Bekannterweise stellt das Bank-Austria-Zelt nur ein Provisorium dar. Die GRÜNEN setzen sich seit Jahren für die Errichtung einer Rockhalle ein, welche erstens groß genug und zweitens mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar ist. Mittlerweile wird von Vertretern der Stadtregierung der Vorschlag der GRÜNEN, einen der Gasometer in Simmering in eine Rockhalle umzufunktionieren, zumindest diskutiert. Man scheint sich vom Wahnsinnsprojekt des Baus einer Rockhalle vor den Toren von Langenzersdorf(!) langsam zu distanzieren.



### Jugendliche wollen freie Flächen und öffentlichen Raum

Zum Skateboardfahren, Rollschuhlaufen, Volleyball-, Basketball- und Streetball-Spielen fehlen freie Flächen und autofreie Zonen. Der Prater allein ist für solche Bedürfnisse zu wenig, es sollte mehr Plätze dieser Art geben. Leerstehende Objekte oder Baulücken könnten für diesbezügliche Zwischennutzungen ins Auge gefasst werden.

Jugendliche brauchen auch Freiräume, die sie selbst besetzen können. D. h., keine Zwangsbeglückung sondern unbürokratisches „zur-Verfügung-stellen“ von eben Frei-„Räumen“. (wo auch „Lärm“ möglich ist).

## Schwangerschaftsverhütung

Alessandra Kunz

Gesundheitssprecherin der Grünen im Rathaus



1974 wurde die Fristenlösung in Österreich beschlossen. Seither kann jede Schwangerschaft in den ersten drei Monaten ohne medizinische Notwendigkeit legal beendet werden.

Alle Parteien haben damals „flankierende Maßnahmen“ gefordert, damit ungewollte Schwangerschaften vermieden werden. Geplant war die Verhütung „auf Krankenschein“, Kondomautomaten in den Schulen und der Ausbau der Beratungsstellen. Der Schwerpunkt sollte bei der Information der Jugendlichen liegen. Weil sich viele Gegner der Abtreibung auch als Gegner der Verhütung entpuppten, wurde von diesen Vorhaben nahezu nichts umgesetzt. Nach wie vor haben die Schulen keine Kondomautomaten, die Antibaby-Pille kostet 100.- Schilling/Monat, und die Beratung ist nach wie vor sehr mangelhaft.

Die GRÜNEN sagen: „Mangelnde Information und Geldnöte dürfen nicht Ursache für ungewollte Schwangerschaften sein!“

### Schutz vor Aids-Infektion

Kondome sind die einzige Möglichkeit, um sich bei Sexualkontakten, die über Streicheln und Küssen hinausgehen vor einer Aids-Infektion zu schützen. Leider hat auch dieses Argument seine Wirkung verfehlt. Elternvereine, konservative Pädagogen und politische Mandatäre haben bisher die Umsetzung guter Ideen für einen problemlosen Zugang zu Kondomen verhindert.

Die GRÜNEN sagen: „Die mangelnde Verfügbarkeit von Kondomen darf kein Grund für eine Aids-Infektion sein!“

**Wir sind für Information, Information, Information und fordern kostenlose Kondome für Jugendliche und Verhütung auf Krankenschein.**

# DROGEN

Susanne Jerusalem  
Gemeinderätin



## Zigaretten und Alkohol

Zigaretten, Alkohol und Medikamente sind Drogen. Im Übermaß genossen, machen sie krank. Davon sind viele Österreicher betroffen. Die Tatsache, daß vermehrt 11-13 Jährige zur Flasche greifen, ist alarmierend. Beunruhigend ist auch die Sorglosigkeit, mit der viele Eltern ihren Kindern Beruhigungsmittel gegen Prüfungsangst verabreichen. Darüber sollte gesprochen werden.

## Illegale Drogen

Meistens drehen sich Drogendiskussionen aber um illegale Drogen wie Heroin, Kokain, Ecstasy und Haschisch. Weil diese Drogen verboten sind, machen sie besonders neugierig. Eine andere Folge des Verbotes ist der Schwarzmarkt. Dort werden illegale Drogen zu enorm hohen Preisen verkauft und gekauft. Neueinsteiger werden mit Billigangeboten geködert. Die Zerschlagung der Szene am Karlsplatz hat dazu geführt, daß sich in vielen Parkanlagen, vor allem in der Nähe von Schulen, gefährliche Schwarzmärkte eingerichtet haben. In nahezu jedem In-Lokal der City sind Drogen erhältlich. Die Polizei ist, laut eigener Aussage, nicht in der Lage, diese Schwarzmärkte zu kontrollieren.

„Der Krieg gegen die Drogen“ ist längst weltweit gescheitert. Polizei und Justiz sind nicht dazu in der Lage, den Vormarsch der Drogen zu stoppen. Im Gegenteil: Immer mehr Drogen überfluten den Markt, die Zahl der Abhängigen steigt. Derzeit befinden sich weltweit mehr Drogenkranke im Gefängnis als in ärztlicher Behandlung. Es gibt nur einen Gewinner: Die Mafia, deren Einfluß auf Politik und Wirtschaft bedrohlich ansteigt.

## Die Wiener Grünen fordern eine radikale Veränderung der Drogenpolitik

1. Süchtige Menschen sollen entkriminalisiert werden: Sucht ist eine Krankheit und kein Verbrechen.

2. Der Schwarzmarkt muß ausgetrocknet werden.

Deshalb sollen heroinsüchtige Menschen die Droge nicht bei Verbrechern kaufen, sondern von einem Arzt verschrieben bekommen. Die Drogenkranke treten dadurch in einen regelmäßigen Kontakt mit Ärzten und Sozialarbeitern statt mit Polizei und Justiz. Die Chance auf einen Ausstieg steigt.

3. Haschisch soll zur Gänze aus dem Strafgesetz gestrichen werden.

So wie Zigaretten, Alkohol und Medikamente ist auch Haschisch keineswegs unbedenklich. Die Kriminalisierung der Konsumenten ist aber sicher der falsche Weg. Verteufelung hat keine abschreckende Wirkung. Das Risiko, über den Kauf von Haschisch zu harten Drogen verführt zu werden, ist zu groß.

4. Jugendpolitik und Schule müssen einen präventiven Charakter haben. Selbstbewußte, produktive Menschen können mit Drogen besser umgehen.

Im Jahr 1974 gab es in Wien ca. 470.000 Kraftfahrzeuge, heute sind es fast 700.000.

Für immer mehr Menschen wird klar, daß nur eine wirkliche Änderung der Verkehrspolitik die Lebensqualität in der Stadt wieder verbessern kann.

Hier ist eine kurze Auswahl von Vorschlägen der Wiener Grünen zum Verkehr:

### Freifahrt in den Schulferien

Das Problem an einem Beispiel beschrieben:

*„Alex und Birgit werden heuer 15 Jahre alt. Bisher konnten beide in den Schulferien die öffentlichen Verkehrsmittel gratis benutzen. Ab diesem Sommer ist das anders: Während Alex als Schüler der AHS-Oberstufe um 55 öS pro Monat weiterhin uneingeschränkt fahren kann, gibt es für Birgit kein Pardon mehr: Als Berufsschülerin muß sie in den Schulferien den vollen Streckentarif bezahlen.“*

Die GRÜNEN fordern: Schluß mit der Ungleichbehandlung von AHS- bzw. BerufsschülerInnen!

### Ohne Auto durch die Nacht / 24 Stunden-Betrieb

Konzerte, Kino, Clubbings, die meisten Veranstaltungen sind sehr gut besucht. Wer aber nicht schon vor 24 Uhr heimfahren möchte, für den gibt es nur das Auto oder eine kostspielige Taxifahrt.

In anderen Städten wird mehr für die „Kids“ getan. Es muß nicht gleich New York sein, auch in Berlin fahren täglich dutzende „Nachtlinien“, am Wochenende sogar zwei U-Bahn Linien.

Die jahrelangen Forderungen der GRÜNEN zeigen nun Erfolg: Ab dem Frühsommer soll es endlich auch in Wien einen intensiven 24-Stunden Betrieb der öffentlichen Verkehrsmittel geben. Die GRÜNEN werden die Verwirklichung dieser Ankündigung einfordern.

### Sicheres Radfahren in der Stadt

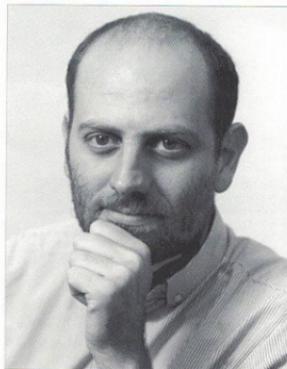
In München werden bereits 15% aller Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt, in Bremen sind es sogar 22%. Wien ist anders: Hier beträgt der Anteil an Radfahrern nur 3%!

Was muß geschehen (einige Beispiele):

- ▶ Massiver Ausbau des Radwegeprogramms
- ▶ Eine Verknüpfung aller Radwege (ohne ärgerliche Umwege)
- ▶ Intelligente Planung neuer Stadtteile („Stadt der kurzen Wege“)
- ▶ Sichere Abstellmöglichkeiten

### Car Sharing - es geht auch ohne eigenes Auto

Was in Deutschland bereits als „normal“ gilt, erregt in Wien noch immer Aufsehen: „Car sharing“. Dieses „Auto-teilen“ ist für all diejenigen ökonomisch interessant, die ein Auto für weniger als 15.000 km /Jahr brauchen - und gleichzeitig wird die Umwelt entlastet. Seit März läuft auf Betreiben der GRÜNEN ein dreimonatiger Modellversuch, an dem sich 40 Personen beteiligen.



# Alle Menschen sind Ausländer, fast überall

Susanne Jerusalem, Gemeinderätin

„Ausländer sind benachteiligt“. Diesen Satz hört man oft, aber stimmt er auch? Macht Euch selbst ein Bild!

## Billige Arbeitskräfte wurden gerufen, Menschen sind gekommen

In Wien leben ca. 1,6 Millionen Menschen, davon haben 260 000 keine österreichische Staatsbürgerschaft, sie sind AusländerInnen. Sie wurden als billige Arbeitskräfte nach Wien geholt. Sie leben in kleinen, schlecht ausgestatteten, aber teuren Wohnungen und werden für gleiche Arbeit schlechter bezahlt als Österreicher. Sie haben die gleichen Pflichten wie Österreicher, aber nicht die gleichen Rechte.

## Benachteiligt

AusländerInnen haben kein Wahlrecht. Das stellt der österreichischen Demokratie ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Auf das Zusammenleben der Menschen wirkt sich diese Ungleichheit negativ aus. In Ländern wie Dänemark, Schweden, Irland und den Niederlanden hat man das erkannt: Dort gibt es zumindest ein kommunales Wahlrecht.

AusländerInnen zahlen Steuer, aber Anspruch auf eine Gemeindeförderung, die aus Steuergeldern finanziert wird, haben sie nicht. Die Liste der Benachteiligungen ist lang:

Keine Notstandshilfe, keine Sondernotstandshilfe, keine Schülerbeihilfe, keine Studienförderung, kein Unterhaltsvorschuß, keine Wiener Wohnbauförderung, keine Wohnbeihilfe, kein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe, kein Rechtsanspruch auf Hilfe für Behinderte, keine Blindenbeihilfe, kein Pflegegeld.

Ausnahmen gelten für politisch anerkannte Flüchtlinge und selbstverständlich für EWR-Bürger.

## Aufenthaltsgesetz

Die „Ausländergesetze“ gelten nur für die Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Vor allem mit dem Aufenthaltsgesetz haben viele Bekanntschaft gemacht. Es bedroht auch schon lange in Österreich lebende AusländerInnen. So müssen ausländische Familien 10 Quadratmeter pro Person nachweisen. Eine vierköpfige Familie muß über ein Nettoeinkommen von 16 000,- verfügen. Wer das nicht kann, wird ausgewiesen. Alle GRÜNEN Vorschläge haben ein Ziel: Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Wohnbürger.

**Wir fordern**  
**Aufenthaltssicherheit**  
**Doppelstaatsbürgerschaft**  
**Kommunales Wahlrecht für jene,**  
**die seit drei Jahren in Wien leben**

Was ist Rechtsextremismus? Wer ist rechtsextrem?

Wenn Ihr in Eurem Bekanntenkreis herumfragt, werdet Ihr feststellen, daß die Antwort gar nicht so einfach ist.

## Zwei Merkmale sind untrennbar mit Rechtsextremismus verbunden:

1. Rechtsextreme behaupten: „Die Menschen sind nicht gleich. Es gibt bessere und schlechtere Völker, Rassen und Nationen.“ Diese Sichtweise äußert sich in Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Wer anders ist, wird ausgegrenzt.

2. Gewalt wird akzeptiert. Konflikte werden mit Hilfe von Gewalt gelöst. Autoritäre Umgangsformen werden als „normal“ empfunden.

Große Teile der Bevölkerung haben teilweise oder abgeschwächte rechtsextreme Sichtweisen und Einstellungen. Aber darüber wird kaum nachgedacht. Erst wenn Terrorakte gesetzt und Menschen ermordet werden, sprechen alle von der Gefahr des Rechtsextremismus.

## Jugendliche im rechten Eck?

Das Problem beginnt nicht bei den Jugendlichen!

In Bezug auf Jugendliche sollte man mit der Bezeichnung Nazi oder rechtsextrem sehr vorsichtig umgehen, denn derartige Etikettierungen können Jugendliche tatsächlich ins rechte Eck abdrängen.

Warum ist jemand rechtsextrem? Darauf gibt es viele Antworten. Eine möchte ich hervorheben: Rechtsextremismus wird im Alltag geprägt. Z. B. Lehrlinge müssen sowohl in der Schule als auch am Arbeitsplatz auf ihre Wünsche und Bedürfnisse weitgehend verzichten. Anerkennung, Solidarität, Selbstverwirklichung und Erfolg bleiben vielen versagt. Diese Selbstentfremdung ist gefährlich. Sie macht für Lockangebote der „Rechten“ empfänglich. Immerhin bietet die Rechte: Sicherheit, Stabilität, Stärke, Gemeinsamkeit und Zugehörigkeit. Daß diese Lockangebote Mogelpackungen sind, ist auf den ersten Blick nicht leicht zu erkennen. Selbstentfremdung führt aber auch zu anderen Formen des „Reagierens“:

Unterwerfung, Aggressivität, Anpassung, Flucht in Sekten und Religionen, Konsum und Drogen.

## Was muß sich ändern? Hier einige Vorschläge der GRÜNEN:

1. Der Alltag der Jugendlichen sollte demokratisiert werden. Jugendliche müssen echte Mitsprache und Mitentscheidungsmöglichkeiten erhalten.

2. Leistungsdruck und Konkurrenz in der Schule müssen zugunsten von Solidarität und gegenseitiger Hilfe zurückgedrängt werden. Denn: Wo der Freund zum Konkurrenten wird und immer der Stärkere siegt, bleiben viele auf der Strecke.

3. Die Schule braucht dringend demokratische Spielregeln. Denn: Demokratisches Verhalten kann nur in einem demokratischen Umfeld gelernt werden.

Es geht nicht nur um Aufklärung, es geht um eine konkrete Veränderung der Lebensverhältnisse. Es geht um Orientierung, Anerkennung, Solidarität, soziale Sicherheit, Erfolg, sinnvolle Betätigung und Spaß.